

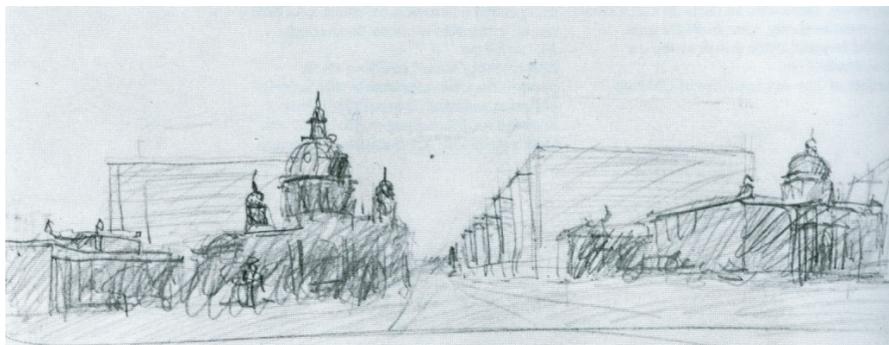
Im Jahr 1920 wurde Berlin so geschaffen, wie wir es heute kennen: kaum überschaubar, zusammengewürfelt aus acht Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken. Über Nacht entstand so eine Riesenstadt – mit einer Fläche von 878 statt vorher 66 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von knapp 3,9 Millionen statt vorher 1,9 Millionen Einwohnern. Ein Gebilde ohne richtige eigene Identität, aber mit vielen kleinen Identitäten.

1920 war ein schreckliches Jahr, damals hatten die Menschen andere Sorgen: Die mörderische Spanische Grippe, die im Groß-Berliner Raum von 1918 bis 1920 mehr als 40 000 Menschenleben gefordert hatte, war kaum verklungen. Die Kommunen des Großraums hatten sich als unfähig erwiesen, Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu treffen. Im März erschütterte der Kapp-Putsch die Stadt und ganz Deutschland. Überhaupt schien die Zukunft Berlins, ja des ganzen Landes düster, hoffnungslos und ohne Perspektive. In dieser finsternen Zeit beschloss am 27. April 1920 die Preußische Landesversammlung etwas, was über Jahrzehnte umstritten und nicht durchsetzbar war: Groß-Berlin. Oder genauer: die neue Stadtgemeinde Berlin, so hieß es in dem beschlossenen Gesetz. Die Tageszeitungen berichteten nur ganz nebenbei darüber. Unter der Überschrift „Groß-Berlin gesichert. Die Schlußabstimmung“ schrieb die Berliner Volks-Zeitung: „Zu Beginn der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde zunächst die namentliche Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Groß-Berlin erledigt. Abgegeben wurden 317 Stimmen, der Stimme enthielten sich 5, mit Ja stimmten 164 Abgeordnete, mit Nein 148. Das Gesetz ist also angenommen. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall von der Linken und Zischen von seiten der Rechten aufgenommen.“

Die Mitte sollte einer Weltstadt würdig sein

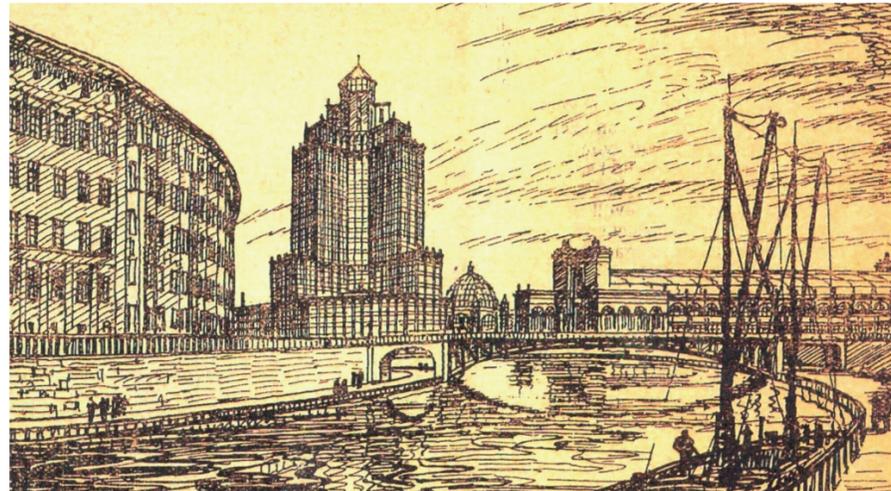
Die Gründung von Groß-Berlin zum 1. Oktober 1920 veränderte die politisch-räumlichen Verhältnisse radikal, ohne zunächst irgendetwas städtebaulich zu verändern. Denn Groß-Berlin war damals schon längst vorhanden, jedenfalls wirtschaftlich und sozial. Wie aber sollte das neue Zentrum einer solchen Riesenstadt gestaltet werden? Eines war klar: Es sollte einer „Weltstadt“ würdig sein. Ideen und Vorschläge für eine Neugestaltung des Zentrums gab es zuhauf – insbesondere von seiten der Fachwelt. Vor allem wurden neue Hochhäuser empfohlen, an allen nur möglichen Standorten.

Der vielleicht radikalste Visionär war damals Ludwig Hilberseimer, bekannt als Hochschul-



lehrer für Städtebau am Bauhaus Dessau, der in der Spätphase der Weimarer Republik Vorschläge zum flächenhaften Kahlschlag der City (1928) wie der Altstadt (1932/33) vorlegte. Weithin in Vergessenheit geraten sind die Vorschläge für „Turmhäuser“ des Architekten Bruno Möhring, nicht einmal ein Vierteljahr nach Inkrafttreten des Groß-Berlin-Gesetzes, die das gesamte historische Zentrum erfassten. Berühmt ist der von der Turmhausaktiengesellschaft ausgelobte Wettbewerb zum Hochhaus am Bahnhof Friedrichstraße 1921/22, in dessen Rahmen Mies van der Rohe sein bekanntes gläsernes Hochhaus entwarf – ein harter Kontrast zur überkommenen Stadt. 1925, in einer Zeit relativer ökonomischer Stabilität, veranstalteten zwei Fachzeitschriften einen Wettbewerb zur Neugestaltung der Allee Unter den Linden, der immer noch prächtigsten Straße der Berliner Mitte. Der Gewinner des ersten Preises, Cornelius van Eesteren, empfahl einen radikalen Kahlschlag der Prachtstraße und schlug eine gestaffelte Neubebauung vor allem für Büronutzung vor, die von einem mehr als 100 Meter hohen Hochhaus an der Kreuzung mit der Friedrichstraße gekrönt werden sollte.

All diese Projekte zielten auf eine völlig neue Silhouette des Berliner Zentrums. Und auf eine unübersehbare Westwanderung des Schwerpunkts des Zentrums. Hochhäuser sollten das Bild der Stadt beherrschen, private Hochhäuser, vor allem Bürohochhäuser, nicht mehr öffentliche Bau-



ten und Kirchen. Aber keiner dieser Entwürfe wurden realisiert. Doch es gab auch Pläne für Hochhäuser, die den Einrichtungen des Zentralstaats dienen sollten – etwa 1927 auf der Großen Berliner Kunstausstellung und 1929 im Rahmen des engeren Wettbewerbs für die Erweiterung des Reichstags und die Gestaltung des Platzes der Republik. Doch diese Pläne für Staatshochhäuser kamen ebenfalls über den Entwurf nicht hinaus. Gebaut wurden schließlich nur bescheidene

Hochhäuser, etwa das Europahaus (1926–1931) am Askanischen Platz, die beiden Hochhäuser von Peter Behrens am Alexanderplatz (1931–1932) und das Columbushaus am Potsdamer Platz (1930–1932).

Beispiele für städtebaulich nicht geplante Hochhäuser außerhalb des Zentrums waren der Borsigturm (1922) in Tegel, der Ullsteinturm (1927) in Tempelhof und das Kathreiner-Hochhaus (1930) in Schöneberg.

Plötzlich Metropole

Hochhäuser für das Zentrum einer Riesenstadt?

Von Harald Bodenschatz



1921 reichte Hans Poelzig (1869–1936) einen Wettbewerbsbeitrag für ein Hochhaus der „Turmhaus AG“ am Bahnhof Friedrichstraße ein (Zeichnung von Erich Zimmermann)

Abbildung links: Ludwig Hilberseimer, einer der radikalsten Visionäre, plante den Kahlschlag der Altstadt und die Bebauung mit Hochhäusern (Quelle: 27 Rassegna 1979: Ludwig Hilberseimer 1885/1967, S. 20)

Abbildung unten: Weithin in Vergessenheit geraten: die „Turmhäuser“ des Architekten Bruno Möhring, Vorschlag eines Hochhauses im Bereich des künftigen Zentralbahnhofs am Spreebogen von 1921 (Quelle: Möhring, Bruno: Über die Vorzüge der Turmhäuser und die Voraussetzungen, unter denen sie in Berlin gebaut werden können, Berlin 1920, S. 5)

Im Jahr 1929 veröffentlichte Gustav Böß, Oberbürgermeister von Berlin, eine erste kompakte Leistungsbilanz der neuen Einheitsgemeinde. Für die Mitte von Berlin formulierte er ein klares Konzept: „[...] in sogenannten Geschäftsvierteln, die genau begrenzt werden, [sollen] höhere Häuser mit 7 bis 8 Geschossen zugelassen werden, jedoch keine Wolkenkratzer. Man hat den Nachteil solcher Gebäude für den Verkehr und die Gesundheit der Bevölkerung an dem Beispiel der amerikanischen Städte klar erkannt. Turmhäuser sollten nur ausnahmsweise und für besonders bedeutsame Stellen der Stadt als Sichtpunkte und Wahrzeichen zugelassen werden.“ Damit sollte ein Wildwuchs wie in den USA vermieden werden.

Turmhäuser nur ausnahmsweise als Sichtpunkte und Wahrzeichen

Das neue Groß-Berlin der Weimarer Republik sollte sich, so die Hoffnung vieler Architekten, im Zentrum vor allem durch neue Hochhäuser darstellen. Die Hochhausräume korrespondierten jedoch wenig mit dem geringen Raumbedarf der deutschen Wirtschaft und den Ressourcen der öffentlichen Hand in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit. Tatsächlich veränderten sich die baulichen Verhältnisse im Zentrum während der gesamten Weimarer Republik nur geringfügig. Lediglich ganz wenige, bescheidene Hochhäuser wurden gebaut. Die Weimarer Republik hinterließ in Berlin ganz andere Zeugnisse von städtebaulichem Rang: etwa den Weltflughafen Tempelhof, den Westhafen, das Messegelände, neue U-Bahn-Trassen, das Strandbad Wannsee, zahlreiche weltberühmte Siedlungen und großartige Volksparks.

Erst die katastrophalen Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs boten den notwendigen Raum für ein radikal neues (Doppel-) Zentrum mit Hochhäusern, vor allem am Breitscheidplatz und am Alexanderplatz. In der geteilten Stadt war die Verortung von Hochhäusern – nun ein Instrument im Kalten Städtebaukrieg – kein Problem: Es war der Staat beziehungsweise das Land, das über den Bau von Hochhäusern entschied – nicht zuletzt durch dessen üppige Subventionierung. Heute sieht das anders aus. Hochhäuser werden – erstmals in der Berliner Geschichte – in größerem Umfang von privaten Investoren ins Spiel gebracht – vor allem in der City West. Die zuständige Senatsverwaltung hat mit dem Entwurf eines Hochhausleitbildes geantwortet, der einige überzeugende Regeln vorschlägt, die Frage der städtebaulichen Verortung aber weiter offenlässt.



Der Borsigturm des Architekten Eugen G. Schmolli in Berlin-Tegel gilt als erstes Hochhaus Berlins, erbaut 1922–1924

Prof. Dr. Harald Bodenschatz ist Experte für Stadtplanungs- und Städtebaugeschichte, für nachmodernen Städtebau, Stadttumbau und Zentrumsumbau. Er ist assoziierter Professor am Center for Metropolitan Studies der TU Berlin <https://harald.bodenschatz.berlin>

Buchtipps

Ein besonderer Schwerpunkt des Städtebau- und Architekturrexperthen Harald Bodenschatz liegt auch auf der Historie der Stadtplanung der europäischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Städtebau, so der ehemalige TU-Professor, spielte und spielt immer eine zentrale Rolle in Diktaturen. Mit „Städtebau unter Salazar“ erschien vor Kurzem der dritte Band einer einzigartigen Reihe von Büchern zum baulichen Erbe der Diktaturen Europas. Er präsentiert erstmals einen Gesamtüberblick über den Städtebau während der langen Diktatur in Portugal (1926–1960), nicht nur in den beiden großen Städten Lissabon und Porto, sondern auch in den kleinen Städten und auf dem Lande sowie in Portugals damaligen großen Kolonien Angola und Mosambik. 2003 erschien in dieser Reihe bereits der Band „Städtebau im Schatten Stalins“, 2011 „Städtebau für Mussolini“. Denn, so Bodenschatz, die Auseinandersetzung mit den Diktaturen Europas erfordert eine europäische Sichtweise, eine europäische Kooperation und eine europäische Interpretation. Alle drei Bücher stützen sich auf Forschungen an der TU Berlin und sind auch in der Schriftenreihe des Architekturmuseums der TU Berlin erschienen.



Harald Bodenschatz, Max Welch Guerra (Hrsg.): Städtebau unter Salazar. Diktatorische Modernisierung des portugiesischen Imperiums 1926–1960, DOM publishers 2019